



**QUEEN'S
UNIVERSITY
BELFAST**

Zur Ethik (intergenerationeller) Risikoauferlegung

Schuppert, F. (2017). Zur Ethik (intergenerationeller) Risikoauferlegung. *Jahrbuch fuer Wissenschaft und Ethik*, 21(1). <https://doi.org/10.1515/jwiet-2017-0111>

Published in:

Jahrbuch fuer Wissenschaft und Ethik

Document Version:

Peer reviewed version

Queen's University Belfast - Research Portal:

[Link to publication record in Queen's University Belfast Research Portal](#)

Publisher rights

© 2017 by Walter de Gruyter Berlin/Boston. This work is made available online in accordance with the publisher's policies. Please refer to any applicable terms of use of the publisher.

General rights

Copyright for the publications made accessible via the Queen's University Belfast Research Portal is retained by the author(s) and / or other copyright owners and it is a condition of accessing these publications that users recognise and abide by the legal requirements associated with these rights.

Take down policy

The Research Portal is Queen's institutional repository that provides access to Queen's research output. Every effort has been made to ensure that content in the Research Portal does not infringe any person's rights, or applicable UK laws. If you discover content in the Research Portal that you believe breaches copyright or violates any law, please contact openaccess@qub.ac.uk.

Fabian Schuppert

Zur Ethik (intergenerationeller) Risikoauflegung

Unter welchen Bedingungen, falls überhaupt, ist es moralisch gerechtfertigt anderen Menschen ohne deren Einverständnis Risiken aufzuerlegen? Diese Frage spielt gerade im Zuge der Klimaethik eine zentrale Rolle, da viele mit dem anthropogenen Klimawandel verknüpfte Probleme zunächst als Risiken gesehen werden müssen. In diesem Beitrag werden einige der wichtigsten gängigen Positionen zur Ethik der Risikoauflegung kritisch hinterfragt und mit einer im Lichte aufgezeigter Probleme ergänzten, neuen Position kontrastiert. Demnach hängt die moralische Rechtfertigbarkeit von Risikoauflegungen stark von der Schwere, Wahrscheinlichkeit und Vermeidbarkeit des jeweiligen Risikos ab. Anschließend wird diese neue Theorie auf Fälle intergenerationeller Risikoauflegung angewandt.

Keywords: Risiko; Klimaethik; Wahrscheinlichkeit; fundamentale Interessen; Risikoauflegung

Viele unserer Handlungen sind zumindest potenziell mit Risiken für Andere behaftet.¹ Wenn ich entscheide mit dem Fahrrad in die Stadt zu fahren, so entsteht damit für andere VerkehrsteilnehmerInnen ein erhöhtes Risiko. Andere Handlungen von uns sind für sich genommen wahrscheinlich relativ risikofrei, aber in Verbindung mit ähnlichen Handlungen Anderer unter Umständen risikobehaftet: Herkömmliche Geschirrspülmittel beispielsweise hinterlassen mikroskopische Rückstände im Wasser, welche in sehr großen Mengen eventuell gesundheitsschädlich sein können. Unser eigenes Benutzen eines solchen Spülmittels trägt nur einen minimalen Anteil bei, aber als Teil eines großen Sets solcher Handlungen scheint auch unsere einzelne Handlung im normativ relevanten Sinne risikobehaftet.²



¹ Für hilfreiche Kommentare und Diskussionen der hier vorgestellten Ideen bedanke ich mich bei Marcus Düwell, Christian Seidel, Maria Ferretti, Ivo Wallimann-Helmer, Dominic Roser, Harald Stelzer, Klaus Steigleder, Tom Walker, Cillian McBride und Lukas Meyer.

² Fälle kumulativer Risiken sind schwierig und komplex. So ist zwar jede einzelne Handlung nicht im eigentlichen Sinne risikofrei, da ja jede einzelne Handlung ein gewisses Risikopotenzial birgt, gleichzeitig muss man vorsichtig sein nicht jeden Beitrag, der minimal größer ist als Null (und somit tatsächlich ein Beitrag ist), als per se rechtfertigungswürdig zu deklarieren (siehe auch mein Argument zu Wahrscheinlichkeitsschwellenwerten in Abschnitt 3). Ich werde mich in diesem Aufsatz größtenteils auf Fälle individueller, nicht-kumulativer

Sowohl im täglichen Leben als auch in weiten Teilen der Philosophie (sowie der Politik und des Rechtswesens) werden viele mit unseren Handlungen verbundene Risiken als trivial oder vernachlässigbar erachtet, sei es, weil wir die Wahrscheinlichkeit des Eintretens des Risikofalles als überaus gering einschätzen, oder weil wir uns im umgangssprachlichen Sinne „sicher“ sind, welche nicht negativen Konsequenzen unsere Handlungen haben werden. In anderen Fällen nehmen wir Risiken bewusst in Kauf und erachten diese als gerechtfertigt, da wir das Anderen auferlegte Schadensrisiko in Abwägung mit anderen Überlegungen als vertretbar erachten. Unter anderem aus diesen Gründen finden sich in der philosophischen Literatur eher wenige Texte, welche die moralische Vertretbarkeit von Radiowellen aus Sorge vor Anlockung von kriegesischen Aliens diskutieren, oder die Freiheit jener einschränken wollen, die mit Bällen spielen, auch wenn so mancher schlecht geschossener Ball durchaus dem ein oder anderen Menschen an den Kopf fliegt. In vielen Fällen tut sich die Schar der PhilosophInnen jedoch schwer damit genau zu bestimmen, welche Arten von Risikoauferlegung moralisch gerechtfertigt werden können und welche nicht. Macht es beispielsweise einen normativen Unterschied, ob die Partei, der das Risiko auferlegt wird, vorher konsultiert wurde? Oder bedarf jegliche Form der Risikoauferlegung moralischer Rechtfertigung, weil jede Einzelne von uns ein Recht gegen Risikoauferlegung hat?

In diesem Aufsatz werde ich mich auf die Frage der generationenübergreifenden Auferlegung von Risiken beschränken, auch wenn sicherlich viele der hier vorgebrachten Argumente sich auch auf andere Fälle von Risikoauferlegung übertragen lassen. Die Frage nach der generationenübergreifenden Auferlegung von Risiken stellt sich derzeit vorrangig im Zuge der Debatten zum anthropogenen Klimawandel.³ Obwohl die negativen Konsequenzen des anthropogenen Klimawandels sich teilweise selbstverständlich bereits jetzt messen und nachweisen lassen, ist der größere Teil der Klimadiskussion mit Risiken beschäftigt, welche sich – wenn



Risikoauferlegung und Fälle kollektiver (und somit auch kumulativer, aber als Kollektivhandlung betrachteter) Risikoauferlegung beschränken. Das Thema individueller Verantwortung für kumulative Risikoauferlegung werden ich im begrenzten Rahmen meiner Ausführungen hier nicht erörtern können.

3 Es wäre allerdings falsch den Klimawandel nur als intergenerationelles Problem zu verstehen. Der Klimawandel ist bereits Realität, ebenso wie seine schädlichen Auswirkungen.

überhaupt – erst in der Zukunft materialisieren werden.⁴ Es sind genau diese zukünftigen Risiken, welche den Bericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) und andere Schlüsselpublikationen dominieren, da laut unserem besten Wissen und derzeitigen Vorhersagen heutige Handlungen ganz massive negative Konsequenzen in der Zukunft haben werden, auch wenn wir uns natürlich nicht *hundertprozentig sicher* sein können, dass diese negativen Konsequenzen tatsächlich eintreten werden. Dass die Zukunft allerdings schneller kommt als den Meisten von uns lieb sein kann, und dass viele der vom IPCC beschriebenen Risiken sich materialisieren werden, steht außer Frage. Die Frage, der ich hier nachgehen will, lautet also, welche normativen Kriterien wir anlegen sollten, um moralisch rechtfertigbare von moralisch nicht rechtfertigbaren intergenerationellen Risikoauferlegungen zu unterscheiden.

Der Aufsatz ist wie folgt strukturiert: Abschnitt 1 bietet eine kurze Einführung in die Thematik, sowohl um verwendete Schlüsselbegriffe zu erläutern als auch um einige allgemeine Beobachtungen anzustellen. In Abschnitt 2 werden bestehende Theorien und Vorschläge zur normativen Unterscheidung von moralisch rechtfertigbaren und nicht rechtfertigbaren Risikoauferlegungen vorgestellt und kritisch diskutiert. Wie sich zeigen wird, hat jeder der diskutierten Vorschläge gewisse Schwächen. Deshalb werde ich in Abschnitt 3 einen Alternativvorschlag, der die aus der Diskussion in Abschnitt 2 gezogenen Lehren aufnimmt und somit die identifizierten Schwächen (zumindest teilweise) umgeht, vorstellen und diskutieren. Im letzten und vierten Abschnitt wende ich dann den gemachten Alternativvorschlag auf die Frage der intergenerationellen Risikoauferlegung an.



⁴ Der im obigen Satz gemachte Einschub „wenn überhaupt“ soll keinesfalls eine Klimawärmungsskepsis meinerseits zum Ausdruck bringen, sondern lediglich darauf hinweisen, dass es in der Welt viele, sehr wahrscheinliche Risiken gibt, die dennoch nicht eintreten, was bedeutet, dass wir in der Klimaethikdiskussion selbst, wenn wir annehmen, dass letzten Endes fast alle in den IPCC-Berichten als wahrscheinlich ausgemachte Risiken in irgendeiner Form eintreten werden, immer die Möglichkeit im Auge behalten müssen, dass es eben nicht so kommt. Kurz gesagt, es wäre philosophisch unsauber, wahrscheinliche Risikofälle mit dem tatsächlichen Eintreten dieser Fälle gleichzusetzen, und es wäre ebenso unsauber, die immer bestehende Unsicherheit hinsichtlich der angenommenen Wahrscheinlichkeiten unter den Tisch fallen zu lassen. Es geht also darum, die Risiken und Unsicherheiten des Klimawandels richtig zu bewerten, und auf keinen Fall darum, unhaltbare Zweifel an der wissenschaftlichen Nachweisbarkeit des anthropogen verursachten Klimawandels zu unterstützen.

1 Einige Vorbemerkungen zur Ethik der Risikoauferlegung

Bevor ich in die Diskussion einsteige, ist es wichtig die Parameter des hier Diskutierten festzuhalten und einige Schlüsselbegriffe zu klären. Zunächst ein paar Worte zu meiner Verwendung der Begriffe ‚Risiko‘ und ‚Risikoauferlegung‘. Als ‚Risiko‘ bezeichne ich die Möglichkeit zukünftiger negativer Konsequenzen, das heißt, jede Handlung, die unter Umständen zu negativen Konsequenzen führen kann, ist nach dieser Definition risikobelastet.⁵ Dabei macht es zunächst keinen Unterschied, ob das mit einer Handlung verbundene Risiko eine ungewollte Begleiterscheinung ist, oder aber ein integraler Bestandteil der Handlung, wie beispielsweise bei einer Wette mit hohem Einsatz. Risiko ist also ein weites Feld.

Was aber genau heißt es, Risiko als die ‚Möglichkeit zukünftiger negativer Konsequenzen‘ zu definieren? Eine Option wäre, Möglichkeit als objektiv gegebene physikalische Potenzialität zu definieren, d. h. Risiko wäre eine rein objektive Kategorie. Eine solche Definition stellt sich jedoch als problematisch heraus, wenn es um komplexe Zusammenhänge wie das Klima geht; in diesen Fällen haben wir unter Umständen gute Gründe anzunehmen, dass ein Risiko existiert, auch wenn sich später auf Grund neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse ergibt, dass doch kein Risiko besteht und auch nie ein Risiko bestand. Um solche Fälle, in denen eine Person oder eine Gruppe von Personen denkt, dass sie ein Risiko eingeht, auch wenn es sich herausstellt, dass nie wirklich die Möglichkeit negativer Konsequenzen existierte, aufnehmen zu können, brauchen wir ein weites Verständnis des Begriffs ‚Möglichkeit‘, das uns sowohl erlaubt Risiko objektiv als auch subjektiv zu definieren. Mit anderen Worten, das Wort „Möglichkeit“ bezieht sich sowohl auf Fälle, in denen fälschlicherweise davon ausgegangen wird, dass die Möglichkeit der Materialisierung negativer Konsequenzen tatsächlich gegeben ist, als auch auf Fälle, in denen die Möglichkeit der Materialisierung negativer Konsequenzen tatsächlich gegeben ist, auch wenn sich niemand dieser Tatsache bewusst ist.



⁵ Ich werde im Verlauf des Arguments genauer auf die Idee von „möglichen“ negativen Konsequenzen eingehen. Für den Moment muss diese sehr weite und etwas ungenaue Definition ausreichen.

Zwei Fallbeispiele machen diese Unterscheidung deutlich:⁶

Franz und Fritz

Franz und Fritz fahren in eine Ferienwohnung. Dort entdecken sie in einer Schublade eine Pistole. Sie legen die Pistole ohne diese näher zu untersuchen zurück. Nachts, während Franz schläft, holt Fritz die Pistole aus der Schublade, entsichert diese und zielt, ohne nachgesehen zu haben, ob die Pistole geladen ist, auf Franz' Kopf und drückt ab. Nichts passiert und Franz hat nichts gemerkt. Fritz legt die Pistole zurück in die Schublade. Was weder Franz noch Fritz wissen, ist, dass die Pistole nicht nur ungeladen ist, sondern auch funktionsuntüchtig, so dass nie ein tatsächliches Risiko bestand, dass eine Kugel abgefeuert wird, als Fritz die Pistole auf Franz richtete und abdrückte. Dennoch erscheint es in diesem Fall möglich und sinnvoll davon zu reden, dass Fritz Franz ein Risiko auferlegt hat, welches wir wahrscheinlich als moralisch nicht rechtfertigbares charakterisieren würden.⁷

Baby Franz und Fritz

Im zweiten Fall sind Baby Franz und Fritz ebenfalls in besagter Ferienwohnung. Diesmal findet jedoch Baby Franz, von dem wir jetzt annehmen, dass er erst zwei Jahre alt ist, die Pistole, entsichert diese, zielt auf Fritz, der das nicht merkt, da er aus dem Fenster schaut, und drückt ab. Ein Schuss fällt, aber da Baby Franz schlecht gezielt hat, trifft die Kugel lediglich einen Holzstuhl. Nehmen wir an, dass zum Zeitpunkt des Schusses weder Franz noch Fritz sich der Tatsache bewusst waren, dass hier ein tatsächliches Risiko gegeben war, so macht es dennoch Sinn über Risikoauferlegung zu sprechen.

Laut dem oben erwähnten Verständnis des Begriffs „Möglichkeit“ beschreiben beide Fälle Situationen, in denen negative Konsequenzen möglich waren. Die Diskussion in diesem Aufsatz benutzt also diese weite Interpretation des Begriffs „Möglichkeit“, um sowohl tatsächlichen als auch nur angenommenen Risiken entsprechen zu können. Ein solch weites Begriffsverständnis bietet sich gerade auch im Hinblick auf gewisse Umwelt- und Klimarisiken an.

Des Weiteren geht es mir hier nur um Fälle, in denen eine Person oder Gruppe von Personen X anderen Personen oder Gruppen von Personen Y ein Risiko R auferlegt, wobei es nicht der Fall sein muss, dass die individuelle Handlung oder Serie von Handlungen von X alleine ausreichend ist, um Risiko R Person/Gruppe Y aufzuerlegen. Diese Einschränkung ist wichtig, denn die Handlungen heute lebender Menschen generieren häufig ein Risiko



⁶ Beide Fälle bauen auf einem von Klaus Steigleder (ohne Datum und 2016) verwendeten Beispiel auf. Die hier gemachten Modifikationen verdanke ich hilfreichen Diskussionen mit Klaus Steigleder und Christian Seidel.

⁷ Natürlich muss es nicht nur die Auferlegung des (nie wirklich existenten) Risikos sein, die uns dazu bringt, die beschriebene Situation als moralisch fragwürdig zu erachten.

für zukünftige Personen nur deshalb, weil bereits in der Vergangenheit nicht nachhaltige Mengen von Klimagasen ausgestoßen wurden. Kumulative Risiken, welche nur entstehen, weil eine Vielzahl von Leuten ähnliche Handlungen ausführen, stellen für die Ethik der Risikoauferlegung aufgrund ihrer Komplexität ein gewisses Problem dar. Deshalb werde ich zunächst kumulative Risiken als Fälle behandeln, in denen eine Gruppe von X Y Risiken auferlegt. Ich werde jedoch im letzten Abschnitt dieses Aufsatzes kurz zu kumulativen Risiken zurückkommen und aufzeigen, inwiefern die von mir gemachten Vorschläge solch komplexe Fälle aufnehmen können. Für den Moment steht das Wort „Risikoauferlegung“ also ganz grob für Fälle, in denen X Y ein Risiko R auferlegt, egal ob das Risiko kumulativ ist oder nicht. Des Weiteren schließt meine Verwendung des Begriffs der Risikoauferlegung solche Fälle aus, in denen X sich selbst ein Risiko auferlegt, da diese Fälle wahrscheinlich anderen ethischen Prinzipien gehorchen als Fälle der Fremdauferlegung. Allerdings kann das Risiko, welches X Y auferlegt, natürlich durchaus ein Risiko sein, welches ebenso für X gilt.

Das Auferlegen von Risiken ist jedoch auch nach dieser Definition ein äußerst weites Feld. Wo Menschen zusammenleben, sind Risiken omnipräsent. Auch dass diese Risiken teilweise die mittelfristige Zukunft prägen können bzw. werden, ist keineswegs ungewöhnlich. Viele Risiken werden gesellschaftlich geteilt. So ist die *Gesellschaft mit beschränkter Haftung* ein Konstrukt, welches UnternehmerInnen erlaubt, wirtschaftliches Risiko nicht persönlich in Kauf zu nehmen, sondern bis zu einem gewissen Grade zu vergesellschaften. Ebenso werden, wenn demokratisch gewählte Institutionen eine Art der Energiegewinnung als sozial akzeptabel deklarieren und den Bau von Kraftwerken beschließen, gleichzeitig Risiken sozial verteilt. Es ist also keinesfalls so, dass das Auferlegen von Risiken, selbst wenn es von X Y auferlegt wird, ein Ausnahmefall ist. Allerdings fallen viele dieser Fälle außerhalb des von mir hier gesetzten Rahmens, da ich mich nur mit Risikoauferlegung auseinandersetzen werde, die ohne Einwilligung stattfindet. Auch wenn die Frage, unter welchen Umständen eine soziale Verteilung von Risiken als gerecht und legitim erachtet werden kann, und wer wie wann und wo dieser Verteilung zustimmen muss, eine interessante ist, so scheint mir diese Frage ethisch entscheidend anders gelagert zu sein, als die Frage danach, unter welchen Umständen die einwilligungslose Auferlegung von Risiken für sich genommen moralisch (un-)zulässig ist.⁸ Mit anderen Worten:



⁸ Für eine Diskussion zur Ethik der sozialen Verteilung von Risiken, siehe Hansson 2013, Kapitel 6.

Meine Analyse beschränkt sich ausschließlich auf die moralische Bewertung von Fällen der Risikoauflegung ohne Einwilligung und lässt somit sowohl die Frage der politischen als auch die der juristischen Beurteilung und Regulierung von Risikoauflegung außen vor.

2 Zur moralischen Zulässigkeit von Risikoauflegung: ein Überblick

Die Beantwortung der Frage nach der moralischen Zulässigkeit von Risikoauflegung hängt stark davon ab, wie man Risiko als solches versteht: Perry charakterisiert Risiko an und für sich als Schaden und somit auch Risikoauflegung als Schädigung.⁹ Die zugrunde liegende Idee ist, dass eine Risikoauflegung Y schlechter dastehen lässt als zuvor.¹⁰ Ob aber wirklich jedes Risiko bzw. jede Risikoauflegung bereits einen Schaden bzw. eine Schädigung darstellt, bzw. tatsächlich eine Schlechterstellung beinhaltet, ist fraglich. Zum einen kommen viele Risiken in Verbindung mit Chancen, das heißt Risiko und Chance sind häufig Kehrseiten der gleichen Medaille, was wohl zumindest in manchen Fällen bedeuten kann, dass eine Risikoauflegung – so sie denn in Konjunktion mit großen und wahrscheinlichen Chancen kommt – durchaus Y besser dastehen lassen kann (oder zumindest nicht schlechter). Darüber hinaus scheint es nicht völlig abwegig zu sein, dass manche Risiken und somit auch Risikoauflegungen unabdingbar sind, da gewisse Freiheiten und wertvolle Erfahrungen eventuell nur dann möglich sind, wenn auch ein gewisses Risiko in Kauf genommen wird.¹¹ In manchen Fällen mag dieses Risiko nur Akteur X betreffen, aber in anderen Fällen wird durchaus auch Y ein auferlegtes Risiko zuteil. Um der Aussage, dass jedes Risiko auch ein Schaden ist, mehr Gehalt zu verschaffen, müssten wir also bestimmen, worin genau der Schaden bestehen soll, den eine jede Risikoauflegung mit sich bringt?

Eine mögliche Antwort besteht darin, Risikoauflegung als psychischen Schaden für Y zu sehen, weil das Risiko wie das Schwert des Damokles über Y hängt und somit Y's psychisches Wohlbefinden negativ beeinflusst. Das



⁹ Perry 2007.

¹⁰ Finkelstein 2003.

¹¹ Eine saloppe Formulierung dieses Gedankens findet sich im Sprichwort „No risk, no fun“ wieder.

offensichtliche Problem mit dieser Erklärung ist, dass Y ja keineswegs wissen muss, dass X ihr ein Risiko auferlegt hat, was in der Konsequenz heißt, dass in solchen Fällen bei Y auch kein psychischer Schaden entstanden ist. Wir müssen also eine alternative Erklärung dafür finden, warum angeblich jede Risikoauferlegung bereits als Schaden gesehen werden sollte.

Eine solche alternative Erklärung präsentiert Oberdiek, nach dessen Dafürhalten Risikoauferlegung durch X für Y ein Schaden ist, weil Risiko die Quantität und/oder Qualität der Möglichkeiten, welche Y offen stehen, negativ beeinflusst (Möglichkeitenreduzierungsargument).¹² Diese Sichtweise lädt zunächst zu der Replik ein, dass natürlich nicht alle Risikoauferlegungen wirklich eine Möglichkeitenreduzierung darstellen müssen, sei es quantitativ oder qualitativ, da Risiken zunächst einfach eine Veränderung des Möglichkeitsensets darstellen. Dies kann auf zweierlei Weise geschehen: indem die Wahrscheinlichkeit der Realisierung einer Möglichkeit verringert wird, oder indem ein möglicher ‚outcome‘ einer Möglichkeitsrealisierung verändert wird.

Selbst wenn wir aber Oberdieks Darstellung gewähren lassen und Risikoauferlegung stets als Möglichkeitenreduzierung verstehen, ist die Frage, ob dies einen Schaden verursacht und ob dies bereits ein normativ triftiger Grund ist, Risikoauferlegung als moralisch unzulässig zu erachten. An dieser Stelle ist es wichtig, sich die Frage zu stellen, welcher Art der moralischen Rechtfertigung wir hier nachgehen wollen: Geht es darum, lediglich pro-tanto Gründe zu finden, nach denen es – so denn keine anderen relevanten Gründe vorliegen – falsch bzw. richtig sein kann Y ein Risiko aufzuerlegen, oder geht es uns hier um eine stärkere Aussage, mit der wir versuchen, eine Beurteilung zu erlangen, ob und wann – alles in allem – Risikoauferlegung moralisch zulässig ist.¹³ Mir geht es um die letztere Art der Analyse. Wenn es uns aber nicht nur um pro-tanto Gründe geht, so erscheint es doch relativ klar, dass keineswegs jegliche leicht negative Beeinflussung des Möglichkeitsensets von Y als moralisch unzulässiger Schaden gesehen werden sollte. Es liegt in der Natur der Dinge, dass wir in sozialen Kontexten durch unsere Handlungen stets die Möglichkeiten von Anderen beeinflussen,



¹² Oberdiek 2009.

¹³ Der Einschub „alles in allem“ ist eventuell irreführend. Es geht mir in diesem Aufsatz nicht darum, für Einzelfälle „alles in allem“ Bewertungen auszusprechen, sondern aufzuzeigen, welche allgemeinen Abwägungen und normativen Kriterien als relevant betrachtet werden sollten, wenn es darum geht, die moralische Zulässigkeit von einwilligungsloser Risikoauferlegung zu beurteilen.

beispielsweise wenn sich eine extrem geeignete Kandidatin auf eine freie Stelle bewirbt und somit die Chancen für alle anderen Bewerber sich verschlechtern. Diesen Fall könnte man so beschreiben, dass die Bewerbung der geeigneten Kandidatin allen anderen ein größeres Risiko auferlegt, dass ihre Bewerbungen erfolglos sein werden. Somit hätten sich in jedem Falle die Möglichkeiten-Sets der anderen BewerberInnen verschlechtert; meiner Meinung nach heißt das aber nicht, dass wir hier notwendigerweise einen Fall von moralisch fragwürdiger Risikoauferlegung hatten, bzw. dass es sich hier um moralisch relevanten Schaden handelt. Wie es scheint, brauchen wir andere normative Kriterien, um festzustellen, wann ein Fall von Risikoauferlegung als Schaden gesehen werden sollte und unter welchen Umständen bestimmte Formen von Risikoauferlegung als moralisch rechtfertigbar gelten sollten oder nicht.

Ein weiteres häufig vorgebrachtes Argument ist, dass Risikoauferlegung unzulässig ist, da sie die legitimen Interessen anderer bedroht, bzw. unter Umständen verletzt. Dieses Argument ähnelt dem Möglichkeitenreduzierungsargument, da es jegliches Risiko für die Realisierung von legitimen Interessen bereits als Schaden und somit als moralisch unzulässig erachtet. Dies scheint aber übermäßig restriktiv, da wir ja selbst im Falle von tatsächlich nicht erfüllten legitimen Interessen keineswegs derart urteilen. Es ist also völlig unklar und wenig plausibel, warum das im Falle von Risikoauferlegung anders sein sollte.

Legitime Interessen sind zunächst einmal lediglich Interessen, die ein Individuum haben mag als Teil seiner persönlichen Konzeption dessen, was wertvoll und erstrebenswert ist. Daniel mag beispielsweise ein legitimes Interesse daran haben, dass der Hamburger SV eine erfolgreiche Saison spielt, und dieses Interesse mag Daniel wirklich wichtig sein, aber trotzdem kann Daniel sich nicht beklagen, wenn durch das Transferverhalten anderer Vereine für den Hamburger SV das Risiko steigt, eine schlechte Saison zu spielen und sich somit auch das Risiko der Enttäuschung über eine weitere verkorkste Saison für Daniel steigt. Kurz gesagt, sämtliche legitime Interessen gegen Risikoauferlegung zu schützen greift viel zu weit und geht weit über das hinaus, was wir moralisch für richtig halten, wenn es um tatsächliche Konsequenzen geht: Wenn Stefan Reuter vom FC Augsburg seinen Kader so geschickt zusammenstellt, dass der Hamburger SV in der Tabelle hinter Augsburg rangiert und Daniels Interesse somit unerfüllt bleibt, dann ist das moralisch völlig unproblematisch. Legitime Interessen sind schlichtweg eine zu weite und vielfältige Kategorie, um als Trennlinie zwischen moralisch vertretbaren und unvertretbaren Risikoauferlegungen zu dienen. Viele

legitime Interessen sind letzten Endes nichts anderes als all jene Interessen, welche ein Individuum frei verfolgen darf, so es das will, ohne dabei jedoch auf spezielle Schutzmaßnahmen seitens des Staates oder der Gesellschaft Anspruch zu haben. Innerhalb der Klasse der legitimen Interessen gibt es jedoch eine distinkt zu unterscheidende Unterklasse von fundamentalen Interessen, welche so wichtig und normativ wertvoll sind, dass sie Pflichten für andere beinhalten und Rechte begründen können.¹⁴

Sowohl das Möglichkeitenreduzierungsargument, als auch das ‚legitime Interessen‘-Argument sind über die Maßen restriktiv, da beide den normativen Richtwert für moralisch unzulässige Risikoauferlegung zu weit definieren. Im ersten Falle, weil jede negative Beeinflussung der Möglichkeiten von Y als Schaden gesehen wird, im zweiten Falle, weil sämtliche legitimen Interessen als schützenswert charakterisiert werden. Ähnliche Probleme haften den Argumenten an, dass Risikoauferlegung stets autonomieuntergrabend ist oder stets freiheitsberaubend sei.¹⁵ Weder scheint es der Fall zu sein, dass jede Risikoauferlegung wirklich Y's Autonomie untergräbt, noch scheint es Sinn zu machen, Freiheit als schützenswertes Gut derart weit zu fassen, dass jegliche Risikoauferlegung als moralisch unzulässig erklärt wird. Dies gilt insbesondere auch für jene Theorien, welche auf Grundlage derartiger Argumente, die deutlich über das Ziel hinausschießen, ein generelles Recht gegen Risikoauferlegung ableiten wollen.¹⁶ Anstatt solcher Pauschalurteile und einer weiteren Inflation von Rechtsproklamationen scheint es sinnvoll, genauer zu bestimmen, welche Interessen, Möglichkeiten und Freiheiten derart wichtig sind, dass bereits die Auferlegung von Risiken als moralisch illegitim zurückgewiesen werden sollte.

Demnach wäre der erste Schritt, zwischen normativ relevanten und nicht-relevanten Möglichkeiten und Interessen zu unterscheiden, bzw. eine auf einer solchen Unterscheidung aufbauende Konzeption von Freiheit zu formulieren.¹⁷ Dabei stellt sich jedoch die Frage, ob Risikoauferlegung wirklich nur dann moralisch unzulässig ist, wenn das jeweilige Risiko Y's fundamentale Interessen bedroht. Gewöhnlich fassen wir den Begriff der



¹⁴ Raz 1986, Kapitel 7.

¹⁵ Oberdiek 2012.

¹⁶ Oberdiek 2009; Hansson 2003. Für eine ausgewogene Diskussion und Kritik siehe Schroeder 1986. Holm 2016 zeigt auf, dass ein generelles Recht gegen Risiken leicht lähmende Wirkung haben könnte.

¹⁷ Ferretti 2016, 262, beispielsweise argumentiert, dass Risikoauferlegung dann problematisch wird, wenn Y's „total freedom“ signifikant reduziert wird, wobei Ferretti es leider unklar lässt, wann genau eine Reduzierung „signifikant“ ist.

‚fundamentalen Interessen‘ relativ eng, weil es genau diese Interessen sind, welche normativ so gewichtig sein sollen, dass sie Rechte gründen können. Ebenso ist unser Begriff der ‚essentiellen Chancen und Möglichkeiten‘ normalerweise ein recht enger, wobei das Konzept der ‚normativ essentiellen Chance oder Möglichkeit‘ generell kontroverser ist, als das Konzept ‚fundamentaler Interessen‘. Wie dem auch sei, wenn wir unsere Beurteilung der moralischen Zulässigkeit von Risikoauferlegung exklusiv auf fundamentalen Interessen aufbauen, so scheint dies Raum für Fälle von grob fahrlässiger aber moralisch zulässiger Risikoauferlegung zu lassen, wie folgendes Beispiel zeigen soll.¹⁸

Bea und Flo

Nehmen wir an, Bea hat ein Ferienhaus und sie erlaubt Flo, darin eine Woche Urlaub zu verbringen. Während seines Aufenthalt beschließt Flo, im Keller von Beas Ferienhaus mit Feuerwerkskörpern zu hantieren, wohl wissend, dass dies äußerst gefährlich (also risikobehaftet) ist. In diesem Szenario setzt sich Flo zum einen selber einem Risiko aus, zum anderen aber erlegt Flo Bea das Risiko auf, dass Beas Ferienhaus abbrennt.

Wie sollen wir diesen Fall moralisch bewerten? Das Besitzen eines Ferienhauses wird von den meisten Moraltheorien wohl kaum als fundamentales Interesse erachtet werden. Dennoch scheint Flos Verhalten moralisch fragwürdig und die Auferlegung des Risikos unzulässig. Eine Möglichkeit, dieses Problem dennoch mit Rückgriff auf die Idee fundamentaler Interessen zu lösen, liegt darin zu sagen, dass Flos Handlung eine gewisse Respektlosigkeit gegenüber Bea zum Ausdruck bringt.¹⁹ Würde Flo Bea vollends respektieren, würde er um Erlaubnis bitten, oder aber nicht fahrlässig Beas Eigentum gefährden. Auch wenn es zumindest fraglich ist, ob wirklich *jede* fahrlässige Missachtung des Eigentums eines Anderen auch immer gleichbedeutend mit Respektlosigkeit gegenüber dem Anderen ist, so erlaubt uns das Kriterium der Respektlosigkeit dennoch, zwischen verschiedenen Arten der Risikoauferlegung zu unterscheiden. Wie Hurd argumentiert, kann man die moralische Unzulässigkeit von Fahrlässigkeit und Rücksichtslosigkeit auf zumindest zweierlei Arten erklären, nämlich mit Verweis auf das auferlegte Risiko, oder mit Verweis auf die Verletzung einer Norm, wie der



¹⁸ Ich baue dieses Beispiel auf einem von Arneson 2010 beschriebenen ähnlichen Fall auf. Der Ausdruck ‚fahrlässig‘ legt allerdings natürlich schon nahe, dass wir den beschriebenen Fall moralisch fragwürdig finden.

¹⁹ Ferretti 2016, sieht ein zentrales Problem von Risikoauferlegung darin, dass selbige respektlos ist.

des Respekts für andere Menschen und deren Interessen.²⁰ Diese Interpretation des Beispiels erscheint mir äußerst plausibel und erklärt, warum gewisse Arten der Risikoauferlegung fahrlässig und moralisch unzulässig sind.

Unabhängig davon jedoch, welcher der oben diskutierten Theorien man zustimmt, ein gewichtiges Problem bleibt für alle bisher diskutierten Theorien bestehen: Sämtliche Ansätze haben alle Risiken über einen Kamm geschoren. Unabhängig von der konkreten Natur des jeweiligen Risikos und unabhängig davon, wie groß oder klein die Wahrscheinlichkeit des Eintretens des Risikos ist, waren die bisher besprochenen Theorien alle nur darauf fixiert, einen geeigneten normativen Maßstab hinsichtlich der potenziellen negativen Konsequenzen zu finden, um klar sagen zu können, welche Risikoauferlegungen moralisch (un-)zulässig sind. Diese einseitige Fixierung birgt allerdings große Probleme, da Risiken äußerst unterschiedlicher Natur sein können. Es bestehen große Unterschiede zwischen dem Risiko, dass das Flugzeug, mit dem ich (gegen meinen Willen, da von der Familie gezwungen) in den Urlaub fliegen werde, abstürzt, dem Risiko, dass derzeitige global Emissionen in Verbindung mit bestehenden Klimagaseffekten in der Zukunft zu Ernteaussfällen und Überflutungen führen werden, und dem Risiko, dass die Verwendung von technischen Radiowellen eines Tages Aliens anlocken werden, die der Menschheit den Garaus machen werden.

Im ersten Risikofall haben wir eine klare numerisch verortete Wahrscheinlichkeit, welche uns sagt, wie wahrscheinlich es ist, dass genau unser Ferienflieger abstürzt. Allerdings ist diese Wahrscheinlichkeit natürlich nur rein statistischer Natur, das heißt, es handelt sich um das Ergebnis einer Durchschnittsrechnung und nicht um eine Vorhersage aufgrund individueller Eigenschaften unseres Flugzeugs. Im zweiten Risikofall haben wir keine numerisch exakt spezifizierten Wahrscheinlichkeiten. Allerdings haben wir eine riesige Menge an wissenschaftlichen Daten, die es uns erlaubt, trotz einiger bestehender Unsicherheiten Aussagen darüber zu treffen, wie wahrscheinlich es ist, dass unsere Emissionen in Verbindung mit bestehenden Klimagaseffekten tatsächlich zu solch drastischen Auswirkungen führen werden. Das heißt, im Gegensatz zum ersten Fall, der Wahrscheinlichkeit eines Flugzugabsturzes, die mathematisch errechnet werden kann, geht es im zweiten Fall um Risiko als Unsicherheit, die lediglich modelliert und projiziert werden kann. Im dritten Risikofall haben wir weder

□□

²⁰ Hurd 1996 argumentiert letzten Endes gegen den Verweis auf Risikoauferlegung.

exakte Wahrscheinlichkeitswerte, noch eine Fülle an wissenschaftlichen Erkenntnissen, die uns erlauben, mit einem gewissen Vertrauen Aussagen über die Wahrscheinlichkeit einer solchen, von technischen Radiowellen verursachten, Alieninvasion zu machen. Allerdings lässt sich sagen, dass rein mathematisch betrachtet die Existenz von anderen Lebewesen (bezogen auf die gesamte Existenzdauer des Universums) wahrscheinlicher ist als die völlige Exklusivität des Lebens auf der Erde, auch wenn wir bisher keinerlei empirische Beweise für die Existenz von Außerirdischen haben.²¹ Kurz gesagt, wir können einfach nicht ausschließen, dass eine solche Invasion zumindest im Bereich des Möglichen liegt (d.h. die Wahrscheinlichkeit ist zumindest minimal größer als Null).

Klarerweise gefährden alle drei Fälle die fundamentalen Interessen von irgendwelchen Personen, und alle drei Fälle lassen sich mit Hilfe von linguistischer Gymnastik und Vorstellungskraft in Fälle von Risikoauferlegung verwandeln. Laut den vorhin vorgestellten Theorien bedeutet das, dass alle drei Fälle moralisch unzulässige Risikoauferlegungen beschreiben und somit die jeweiligen Handlungen ebenfalls unzulässig sind. Somit darf nicht mehr der Partner zum gemeinsamen Urlaub in der Ferne gezwungen werden, es darf nicht mehr im heutigen Maße emittiert werden, und Radiohören bzw. die Ausstrahlung von technischen Radiowellen ist ab sofort untersagt. Diese Schlussfolgerung erscheint zumindest kontrovers. Ist es wirklich der Fall, dass wir jedes Risikoszenario, welches fundamentale Interessen betrifft und eine Wahrscheinlichkeit größer als Null hat, gleich behandeln und bewerten müssen? ²² Das scheint geradezu absurd: Der Klimawandel ist ein wissenschaftlich nachweisbares globales Problem, während die Anlockung und Invasion von Aliens eher einem Buch als der Realität entspricht. Wenn unsere Theorie der Risikoauferlegung aber alle Risiken gleich behandelt, kommen wir zu solch merkwürdigen Ergebnissen, da eben selbst das Szenario der Alieninvasion eine Wahrscheinlichkeit größer als Null hat.²³

VertreterInnen der oben behandelten Theorien werden schnell mit einer Antwort zur Hand sein: Natürlich sei die eben gemachte Schlussfolgerung falsch, denn meine bisherigen Ausführungen hätten die Tatsache



²¹ Astrobio 2013.

²² Das Problem einer unsauberen Trennung von tatsächlichen Rechtsverletzungen und Risiken von Rechtsverletzungen, deren Wahrscheinlichkeiten nur minimal größer als Null sind, und die folgenden restriktiven Maßnahmen wurden bereits von Nozick 1974, 130 ff., diskutiert.

²³ Zum selben Problem siehe auch Schroeder 1986, 500 ff.

unterschlagen, dass man selbstverständlich verschiedene Risiken mit Hilfe einer einfachen Formel vergleichen kann und somit als unterschiedlich bedrohlich und dringend ansehen kann. Die dabei meist ins Feld geführte Formel besagt, dass man die Wahrscheinlichkeit des Eintretens mit dem anzunehmenden Schaden bei Eintreten des Risikofalles multiplizieren sollte:

$$(F): \text{Wahrscheinlichkeit (Risiko}_i) \times \text{Schaden (Risiko}_i) = \text{Größe (Risiko}_i)$$

VertreterInnen der oben analysierten Theorien würden hinzufügen, dass, wenn man diese Prozedur mit den verschiedenen oben besprochenen Risiken durchspielt, schnell deutlich wird, dass der Klimawandel ebenso wie der Flugzeugabsturz sehr viel größere Probleme sind als die Alieninvasion. Ist dem aber wirklich so?

Ob die Anwendung der Formel (F) tatsächlich den Schluss nahelegt, dass der Klimawandel, bzw. der Flugzeugabsturz, ein dringlicheres Problem ist als die Gefahr der Anlockung von Aliens durch technische Radiowellen hängt letzten Endes natürlich davon ab, welche Annahmen man in die Formel einspeist. Hier liegt allerdings genau das Problem, denn (F) führt in vielen Fällen zu *Wahrscheinlichkeitenüberbewertung* oder in anderen – zugegebenermaßen selteneren Fällen – zu *Extremszenarioüberbewertung*.

Wahrscheinlichkeitenüberbewertung bedeutet, dass in (F) Wahrscheinlichkeiten eine zu gewichtige und oftmals nicht rechtfertigbare Rolle spielen. Wahrscheinlichkeitenüberbewertung entsteht in Fällen, in denen die für verschiedene Risiken angenommenen Schäden ähnlich sind und die Qualität der eingesetzten Wahrscheinlichkeiten fragwürdig ist. In Fällen ähnlich schädlicher Risiken dominiert bei der Kalkulation der Größe der Risiken also die Wahrscheinlichkeit derselben, was per se natürlich in Ordnung ist, solange wir gute Gründe und fundiertes Wissen haben, um Wahrscheinlichkeitswerte zu benennen. Leider ist es aber in vielen Fällen so, dass Wahrscheinlichkeiten keineswegs solider und fundierter Natur sind, da (F) ja nur sinnvoll eingesetzt werden kann, wenn alle Risiken numerisch exakt benennbare Wahrscheinlichkeiten zugewiesen bekommen haben, und somit ein impliziter Anreiz besteht, existierende Unsicherheiten, Komplexitäten und Probleme durch Zuweisung eines bestimmten Wahrscheinlichkeitswertes zu überdecken. Dass eine solche Praxis leicht zu großen Verzerrungen führen kann, steht außer Frage.

Ähnlich verhält es sich mit der Extremszenarioüberbewertung, welche dann vorliegt, wenn ein Horrorszenario mit einer Wahrscheinlichkeit minimal größer als Null nur deshalb als dringlich erachtet wird, weil der angenommene Schaden alle anderen Optionen bei Weitem in den Schatten stellt. Wenn man

die drei oben genannten Risikoszenarien leicht modifiziert, lässt sich das Problem der panikmachenden Extremszenarioüberbewertung klar aufzeigen. Beim Flugzeugabsturz sterben 100 Menschen und ihre 200 Angehörigen leiden. Beim Klimawandel nehmen wir an, dass 100 Millionen Menschen sterben und ebenso viele leiden. Bei der Alieninvasion nehmen wir an, dass die gesamte Menschheit erst gequält und gefoltert wird und dann ermordet wird. Hinzu kommt, dass die Menschheit mit all ihren Errungenschaften ausradiert wird. Diese Ausrottung der Menschheit wird ebenfalls in (F) mitgerechnet.²⁴ Demnach ergäbe sich folgende Rechnung (wenn wir den Tod eines Menschen mit 1000 Schadenspunkten rechnen, das Leiden mit 600, und die Ausrottung der Menschheit mit einer 999000000000, sowie die Wahrscheinlichkeit des katastrophalen Klimawandels mit .2):

(F) Flugzeugabsturz: $.0000000007 \times (100000 + 120000) = 0.000154$

(F) Klimawandel: $.2 \times (100000000000 + 60000000000) = 32000000000$

(F) Alieninvasion: $.00000000000001 \times (740300000000 + 444180000000 + 999000000000) = 0.128438$

Laut dieser Kalkulation ist das Risiko des katastrophalen Klimawandels zwar weitaus das größte, aber es sollte jede vernünftige Person äußerst stutzig machen, dass das Risiko einer durch Radiowellen verursachten Alieninvasion als deutlich schwerwiegender eingeschätzt wird als das Risiko eines Flugzeugabsturzes. Um die möglichen Auswirkungen der Extremszenarioüberbewertung noch deutlicher zu machen, können wir uns die obigen Berechnungen ohne ein globales Problem wie den Klimawandel vorstellen und feststellen, dass Risikoüberlegungen aus der realen Politik, wie beispielsweise Reaktorsicherheit und Grippeepidemie, weit hinter die Angst vor einer Alieninvasion zurücktreten würden. Eine solche Schlussfolgerung scheint schlichtweg absurd, weshalb wir uns die Frage stellen sollten, ob wir nicht entweder (F) verwerfen sollten, oder eine Erklärung dafür finden sollten,



24 Natürlich gibt es Menschen, die behaupten würden, dass die Ausrottung der Menschheit per se nichts schlechtes sein muss. Egal ob das sein mag oder nicht, für das Beispiel hier nutze ich die weitverbreitete Meinung, dass eine solche Ausrottung ein unglaublich großer Schaden wäre. Aus Gründen der Einfachheit beschränke ich mich außerdem auf Schaden für Menschen, auch wenn natürlich viele andere moralisch relevante Schäden mit den genannten Szenarien einhergehen würden.

weshalb das Risiko von Alieninvasionen nicht genauso zu behandeln ist wie das Risiko eines Flugzeugabsturzes.²⁵

Darüber hinaus scheint es erforderlich, eine Lösung zu finden, um der Wahrscheinlichkeitsüberbewertung in (F) vorzubeugen, bzw. um weder qualitativ minderwertige Wahrscheinlichkeiten überzubewerten noch mit Unsicherheiten behaftete Risiken zu unterschätzen. Keine der bisher diskutierten Theorien der moralischen (Un-)Zulässigkeit von Risikoauferlegung können in zufriedenstellender Weise mit unterschiedlichen Risikoarten, Wahrscheinlichkeiten und Schadenspotenzialen umgehen.

3 Zur moralischen Zulässigkeit von Risikoauferlegung: ein alternatives Theoriemodell und einige Randnotizen

Aus der Diskussion in Abschnitt 2 lassen sich letzten Endes wenigstens zwei Desiderata für einen alternativen Theorievorschlag zur moralischen Zulässigkeit von Risikoauferlegung ableiten: Zum einen muss unsere Theorie eine Antwort darauf geben, welche Art von Schadenspotenzial eine bestimmte Risikoauferlegung moralisch unzulässig macht, so wir denn davon ausgehen können, dass wir schlüssig gezeigt haben, dass Theorien, welche jegliche Risikoauferlegung unzulässig finden, wenig überzeugend sind; zum anderen muss unsere Theorie sowohl frei von Wahrscheinlichkeitsüberbewertung als auch von Extremszenarioüberbewertung sein, da beides zu äußerst unplausiblen Ergebnissen führt. Hinzu kommt ein Punkt, der von vielen Theorien einfach übersehen wird, nämlich die Frage danach, wie kostspielig (im weitesten Sinne des Wortes) oder kompliziert die Vermeidung des jeweiligen Risikos wäre. Dies ist ein eminent wichtiger Punkt: zum einen, da in vielen Fällen die Vermeidung eines bestimmten Risikos zu Lasten anderer geht, wie beispielsweise in Fällen von „risk-shifting“, in denen ein Risiko von Y einfach auf Z umgewälzt wird; zum anderen sind viele Risiken ja mit wertvollen Handlungen und Projekten verbunden, bzw. die risikobehafteten Praktiken



²⁵ Eine weitere Möglichkeit ist natürlich, sowohl (F) zu verwerfen als auch zu erklären, weshalb das Risiko einer Alieninvasion anders zu behandeln ist als das Risiko eines Flugzeugabsturzes.

sind Teil eines Systems, welches mehr oder weniger großen Nutzen erzeugt, so dass sich manchmal die Frage stellt, ob die Vermeidung eines Risikos für Y nicht größeren Schaden verursacht als es verhindert. Nur wenn unser Alternativvorschlag zur moralischen (Un-)Zulässigkeit von Risikoauferlegung diesen drei Problemen begegnen kann, kann dieser als ernstzunehmende Theorie gelten.

Im Folgenden werde ich für alle drei Problemfelder einen möglichen Lösungsansatz präsentieren, ohne dabei für mich oder die hier vorgestellte Theorie in Anspruch nehmen zu wollen, alle Probleme damit vollends gelöst zu haben. Ganz im Gegenteil: In diesem Abschnitt werde ich immer wieder darauf hinweisen, dass eine normativ saubere Beurteilung von Risiko alles andere als leicht ist und es tieferliegende Probleme gibt, welche sich nicht wegtheoretisieren lassen. Darüber hinaus wird natürlich ein großer Teil von Entscheidungen hinsichtlich Risiken dem politischen Prozess überlassen bleiben müssen, wobei wir auch hier gewisse normative Vorgaben hinsichtlich der Akzeptabilität von Risikoauferlegung machen können.²⁶

Schadenspotenziale

Wie im zweiten Abschnitt beschrieben, stellt sich die Frage, ob die moralische Rechtfertigbarkeit von Risikoauferlegung nicht zu einem großen Teil davon abhängt, was oder wen genau die möglichen Schäden betreffen werden. Es scheint klar zu sein, dass wir die potenzielle Verletzung von basalen Grundrechten anders einschätzen werden als die mögliche Frustration von zwar legitimen, aber nicht geschützten Erwartungen, Präferenzen und Interessen. Allerdings folgt daraus nicht zwangsläufig, dass sämtliche Gefährdungen von solchen nicht-basalen Interessen moralisch unproblematisch sind. Des Weiteren stellen sich die Fragen, (a) ob die eben gemachte Unterscheidung zwischen fundamentalen und nicht-fundamentalen Interessen wirklich trennscharf ist, und (b) ob eine Theorie, die wie die hier vorgeschlagene Wahrscheinlichkeiten und Vermeidungskosten separat behandelt, wirklich eine solche scharfe Trennung braucht. Ist beispielsweise die Gefährdung des Rechts auf Zugang zu Bildung für einen Einzelnen kategorisch immer gewichtiger einzuschätzen als die massenhafte Gefährdung der Freizeitinteressen vieler? Ich glaube nicht, dass man auf diese Fragen eine definitive Antwort geben kann, weil es immer auch um die Wahrscheinlichkeit des Eintretens solcher Schadenspotenziale geht, und weil

□□

²⁶ Ich werde diesen Punkt hier leider nicht vertiefen können.

wohl auch nicht alle fundamentalen Interessen gleichbedeutend sind. Das Leben einer Person zu gefährden ist etwas anderes als für dieselbe Person den Zugang zu Bildung zu gefährden, auch wenn letzterer natürlich ungemein wichtig ist. Trotzdem sollten wir uns erster Linie auf fundamentale Interessen und deren Gefährdung konzentrieren, denn viele auf den ersten Blick trivial oder weniger wichtig erscheinende Gefährdungen können oftmals auf die Verletzung von fundamentalen Interessen zurückbezogen werden. Dies funktioniert vor allem auch dann, wenn unsere Konzeption von fundamentalen Interessen nicht nur die zum Überleben notwendigen Dinge einschließt, sondern auch jene Rechte, Sachen und Beziehungen, die es einer Person ermöglichen, ein freies und gleiches Mitglied ihrer Gesellschaft zu sein.²⁷ Des Weiteren haben wir bereits gesehen, dass gewisse Formen der Risikoauferlegung als respektlos bezeichnet werden können.

Wenn wir fundamentale Interessen in diesem weiten Sinne verstehen und auch die Idee des Respekts für die Interessen Anderer ernst nehmen, können wir leicht einen Bezug zu den Werten der Freiheit und der Handlungsfähigkeit herstellen, welche sowohl intragenerationell als auch intergenerationell eine gewichtige Rolle spielen. Dabei ist es wichtig, sowohl Freiheit als auch Handlungsfähigkeit als sozial-relationale Fähigkeiten zu verstehen, die durch sozio-ökonomische Faktoren genauso verringert werden können, wie durch kulturelle, politische und umwelttechnische Einflüsse. Somit kann der hier vorgeschlagene Theorieansatz auch auf die soziale Verteilung von Risiken und die Existenz von freiheitsverletzenden Herrschaftsverhältnissen sensibel reagieren.

Wahrscheinlichkeiten (und Unsicherheiten)

Das Problem der Wahrscheinlichkeitenüberbewertung lässt sich zunächst natürlich dadurch umgehen, dass man (F) verwirft. Die Idee, dass man sämtliche potenziellen Schäden und Wahrscheinlichkeiten einfach durchrechnen und vergleichen kann, ist vielen PhilosophInnen ohnehin sehr suspekt. Allerdings ist es damit leider nicht getan, denn letzten Endes wird es bei der normativen Beurteilung von Risikoauferlegungen auch immer um Vergleichbarkeit gehen, zumal es in vielen realen Situationen ja gar nicht darum gehen kann, Risiko zu vermeiden, sondern immer nur darum, Risiko zu regeln und zu versuchen, bestimmte Risiken tragbar zu machen. Somit wird



²⁷ Für eine solch weitgefasste Konzeption von fundamentalen Interessen siehe Schuppert 2013.

man letzten Endes eine Reihe von Kriterien brauchen, die es uns erlauben Risiken nach ihrer Dringlichkeit und Größe zu ordnen. Eines dieser Kriterien sollte verschiedene Arten von Wahrscheinlichkeiten berücksichtigen und mit diesen umgehen können.

Im Hinblick auf das Problem der schwankenden Qualität von Wahrscheinlichkeitswerten können wir uns an bestehender „best practice“ orientieren, den IPCC-Berichten. In den IPCC-Berichten werden zum einen nicht allen Risiken numerische Wahrscheinlichkeitswerte zugeteilt, zum anderen werden alle Vorhersagen und Prognosen mit sogenannten Konfidenzindikatoren versehen, die darüber Aufschluss geben, ob die AutorInnen sich einer gemachten Aussage mehr oder weniger sicher sind. Diese Konfidenzindikatoren ersetzen dabei keineswegs numerische Wahrscheinlichkeitswerte, sondern sie liefern gesondert Information darüber, ob die in diversen Modellen erlangten Ergebnisse mit mehr oder weniger Vorsicht zu genießen sind. Eine ähnliche Herangehensweise bietet sich in der moralischen Beurteilung von Risikoauferlegungen im Hinblick auf die in eine Formel einzuspeisenden Wahrscheinlichkeiten an: Jedes Risikoszenario würde demnach nicht nur mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit versehen (ob numerisch oder nicht) und darüber hinaus auch noch mit einem Konfidenzindikator. Das Vorhandensein dieser beiden Werte würde uns somit erlauben auf der einen Seite zu sagen, dass wir zwar Modelle und Vorhersagen haben, dass das Ereignis E mit 5 prozentiger Wahrscheinlichkeit eintritt, dass wir aber im Lichte unseres leider noch sehr begrenzten Forschungsstandes zu E und seinen Gründen diese Aussage nur mit mäßiger Konfidenz treffen können. Die Aufnahme von Konfidenzindikatoren würde somit vermeiden, dass wir qualitativ fragwürdige Wahrscheinlichkeitswerte überbewerten.

Im Hinblick auf das zweite Hauptproblem mit (F), die Extremszenarioüberbewertung, bietet sich die Einführung eines minimalen Wahrscheinlichkeitsschwellenwertes an, dessen einzige Funktion es ist, all solche Fälle, deren Wahrscheinlichkeit wirklich nur minimal größer als Null ist, herauszufiltern. Die dahinterstehende Überlegung ist nicht, dass wir unwahrscheinlich scheinende Szenarien per se ausschließen sollten, sondern nur, dass Extremfälle, für die wir keine guten Anhaltspunkte haben, nicht unsere Risikokalkulationen dominieren. Es wäre fatal, würden wir sämtliche Risikoauferlegungen, welche laut einer wild spekulativen Annahme eventuell relevanten Schaden bereiten könnten, aufgrund eben jener Spekulationen als moralisch unzulässig erachten. Dabei geht es allerdings wirklich nur um jene Szenarien, für die wir keinerlei fundierte Erkenntnisse und Gründe haben;

sprich, es sind Gedankenspiele, denen wir als gute PhilosophInnen zwar eine Wahrscheinlichkeit minimal größer als Null zuschreiben müssen, denen wir aber dennoch unter den jetzigen Umständen niemals Glauben schenken würden.

Weitaus schwieriger gestaltet sich der Umgang mit Risiko als Unsicherheit, da wir in diesen Fällen keine numerischen Wahrscheinlichkeitswerte zuweisen können. Selbst wenn wir, wie oben gefordert, unsere Kalkulationen mit Konfidenzindikatoren versehen, so bleibt doch ein großes Problem davon gänzlich untangiert, nämlich die Tatsache, dass wir Unsicherheitsrisiken und statistische Risiken in puncto Wahrscheinlichkeit nicht miteinander vergleichen können. Rein mathematisch wird sich dieses Problem nicht lösen lassen. Dass dem so ist, verschärft auch nochmals den oben ausgeführten Punkt, dass zwar auf der einen Seite Kalkulationen und Abwägungen in der Beurteilung von Risiken unabdingbar sind, auf der anderen Seite aber keine Formel, egal ob (F) oder eine Alternativvariante, jemals der vollen Komplexität von Risiken und Wahrscheinlichkeiten wird Rechnung tragen. Kalkulationen und Abwägungen werden in Bezug auf Risiken, ebenso wie bei vielen anderen Sachverhalten, in vielen Fällen lediglich eine Approximation abschließender normativer Evaluation liefern können.

Trotz dieser Probleme hinsichtlich der Bewertung von Unsicherheiten, sollten die gemachten Vorschläge zu Konfidenzindikatoren und einem minimalen Schwellenwert unseren Umgang mit Wahrscheinlichkeiten deutlich verbessern, da sich sowohl das Problem der Wahrscheinlichkeitenüberbewertung als auch das Problem der Extremszenarioüberbewertung durch diese Schritte in den Griff bekommen lassen. Die Vermeidung der beiden Formen der Überbewertung ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, denn zumindest in Fällen, in denen wir nicht Unsicherheiten und probabilistische Risiken vergleichen müssen, erlaubt uns die Einführung des Schwellenwertes und der Konfidenzindikatoren eine nuancierte Betrachtung und Evaluation der bestehenden Risiken.

Vermeidungskosten

In vielen Fällen von Risikoauferlegung geht es nicht (nur) darum, zwischen zwei Handlungen zu wählen, Handlung A, die risikofrei ist, und Handlung B, die Y ein Risiko auferlegen wird. Stattdessen geht es oftmals darum die Nutzen von Handlungen A und B ebenso mit in Betracht zu ziehen, sowie

herauszufinden, welche Risiken beide Handlungen für verschiedene Akteure haben werden, da es äußerst selten ist, dass wir Handlungen ausführen, die keinem Dritten ein Risiko auferlegen. Deshalb sollten in unserer Evaluation hinsichtlich der moralischen Zulässigkeit von Risikoauferlegungen sogenannte Vermeidungskosten keineswegs fehlen. Vermeidungskosten sind dabei ein weit zu verstehendes Konzept, da es nicht nur darum geht, welche Nutzen ausbleiben werden, falls X Y kein Risiko auferlegt, sondern auch, welche Alternativen sich X bieten.

Argumente hinsichtlich der Vermeidungskosten sind im Kontext des anthropogenen Klimawandels weit verbreitet. Dabei geht es keineswegs nur um die projizierten Verluste an globaler Produktivität, die mit stringenter Mitigation einhergehen würden, sondern es geht auch um die Umverteilung von Risiken, da es im Zuge des Klimawandels nicht um absolute Risikovermeidung geht, sondern um relative Risikoverminderung. Risikoverminderung heißt aber, dass es immer noch Leute geben wird, die vermeidbaren Risiken ausgesetzt sein werden. Des Weiteren geht es natürlich auch um eventuelle trade-offs zwischen den Freiheiten und Möglichkeiten der heute lebenden Menschen (vor allem in reichen Industrienationen) und den Freiheiten und Möglichkeiten von zukünftigen Generationen. Alle diese Erwägungen fallen in den Bereich der Vermeidungskosten, der somit eng verknüpft ist mit den Projektionen von Schadenspotenzialen. Nur wenn wir diese Vermeidungskosten mit in Betracht ziehen, können wir wirklich eine angemessene Aussage darüber treffen, ob eine bestimmte Risikoauferlegung moralisch zulässig ist oder nicht.

Jetzt, da zumindest die groben Konturen meines Alternativvorschlags umrissen sind, gilt es „Butter bei die Fische“ zu geben und zu sehen, wie sich der gemachte Vorschlag im Hinblick auf die drei vorhin besprochenen Risikofälle bewährt. Sollte unser Theorievorschlag die erste Hürde nehmen, gilt es anschließend, konkret auf den Fall intergenerationaler Risikoauferlegung einzugehen und zu sehen, welche Arten von intergenerationaler Risikoauferlegung unser Ansatz für moralisch unzulässig erklärt.

Für die drei vorhin beschriebenen Risikofälle (Flugzeugabsturz, Klimawandel und Alieninvasion) lässt sich Folgendes festhalten: Alle drei Fälle sind im Hinblick auf das identifizierte Schadenspotenzial auf jeden Fall Risiken, die potenziell moralisch unzulässig sind, da in jedem Fall fundamentale Interessen und Freiheiten bedroht werden. Sobald wir jedoch unsere Wahrscheinlichkeitskriterien hinzunehmen, fällt zumindest die

Alieninvasion raus, aufgrund des Wahrscheinlichkeitsschwellenwerts. Die rein hypothetisch mögliche Anlockung von kriegerischen Aliens durch technische Radiowellen ist kein ausreichender Grund, um das Senden von technischen Radiowellen als moralisch unzulässig zu deklarieren. Der Klimawandel und der Flugzeugabsturz hingegen liegen über dem Wahrscheinlichkeitsschwellenwert. Hinsichtlich der Vermeidungskosten lassen sich für beide Fälle relevante Kosten ins Feld führen: Im Falle des Klimawandels steht es außer Frage, dass, sollten wir wirklich versuchen, Risiken zukünftiger Klimaschäden zu verhindern, große Umstrukturierungsprozesse nötig sind, was mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit für jetzt lebende Menschen mit gewissen Kosten, Verlusten, Risiken und Einschränkungen verbunden sein wird. Im Falle des Flugzeugabsturzes sind die Kosten wohl eher darin zu erwarten, dass der Familienurlaub in seiner geplanten Form ins Wasser fällt oder wir die Erfahrung einer entfernten Kultur verpassen. Wenn man diese Verhinderungskosten mit in Betracht zieht, sowie die vorhin verwendeten Wahrscheinlichkeiten, lässt sich auf Grund der vorgebrachten Kriterien folgern, dass – trotz der äußerst unterschiedlichen Kosten – sowohl jemanden zum Fliegen zu zwingen als auch die Welt dem Klimawandel auszuliefern moralisch unzulässig ist. Allerdings scheint im ersteren Fall immer noch ein gewisser Handlungsspielraum zu existieren, da die Wahrscheinlichkeit des Flugzeugabsturzes relativ gering ist, und ein Teil der normativen Relevanz natürlich vom Zwang herrührt und nicht von der Risikoauferlegung als solcher. Im Falle des Klimawandels hingegen scheint der Fall eindeutiger zu sein, wie ich in der nächsten Sektion weiter ausführen werde.

4 Intergenerationelle Risikoauferlegung

Der Großteil meiner bisher vorgebrachten Argumente bezog sich auf Risikoauferlegung generell. Intergenerationelle Risikoauferlegung wirft natürlich ihre eigenen Problemen und Fragen auf. Zum einen können wir durch unsere Handlungen heute teilweise beeinflussen, wer in der Zukunft existieren wird, was bedeutet, dass das Nicht-Identitätsproblem (NIP) im Hintergrund lauert; zum anderen sind die mittel- und langfristigen Folgen unserer Handlungen natürlich mit mehr oder weniger großen Unsicherheiten besetzt, was die Kalkulation und Evaluation von Risiken schwieriger gestaltet. Hinzu kommt im Falle des Klimawandels die Tatsache, dass zumindest bis zu einem gewissen Grade nicht einzelne (Kollektiv-)Handlungen für die

Verursachung verantwortlich sind (wenn diese für sich alleine betrachtet werden), sondern die der Zukunft auferlegten Risiken kumulativer Natur sind.²⁸ Heißt das also, dass wir im Falle des Klimawandels gar nicht die Handlung von Einzelnen als moralisch unzulässige Formen der Risikoauferlegung kritisieren können, obwohl ich vorhin argumentiert habe, dass der Klimawandel nach dem Alternativvorschlag eigentlich ein moralisches unzulässiges Risiko darstellt? Wie ich jetzt versuchen werde zu zeigen, ist dem glücklicherweise nicht so, auch wenn auf Grund der Komplexität des Klimawandels gewisse Probleme bestehen bleiben.

Zunächst einige Bemerkungen zum NIP, dem ich mir hier nur kurz widmen will.²⁹ Die Hauptstoßrichtung des NIP besteht in der Überlegung, dass es eigentlich nicht möglich ist, zukünftige Personen, deren Existenz von unseren Handlungen abhängt, durch eben jene Handlungen schlechter zu stellen. Erschwerend kommt aus Risikosicht natürlich hinzu, dass es uns oftmals schlichtweg unmöglich ist, die basalen Lebensumstände zukünftiger Menschen nicht signifikant zu *beeinflussen*. Dies legt den Verdacht nahe, dass selbst wenn wir das NIP umschiffen, wir nicht wirklich in der Lage sind, unsere Handlungen dafür zu kritisieren, dass sie massiv die basalen Lebensumstände zukünftiger Menschen prägen. Letzterer Schluss ist jedoch etwas zu voreilig, da wir selbstverständlich immer noch unsere eben diskutierte Theorie nutzen könnten, um solche Handlungen, die rücksichtslos zukünftige Grundinteressen gefährden, von solchen zu unterscheiden, die „lediglich“ vorgeben, zu welchen natürlichen Ressourcen unsere Nachfahren Zugang haben werden. Im Hinblick auf das NIP möchte ich hier folgenden Gedanken ins Feld führen: Wir können zwar nicht sagen, dass X durch Handlung A die zukünftige Person Y *schlechter stellt*, aber wir können argumentieren, dass es moralisch unzulässig ist, einer noch nicht näher bestimmten Person aus dem Pool der möglichen Personen $Y_1 \dots Y_n$ *vorhersehbar* die Erfüllung ihrer fundamentalen Interessen zu gefährden, solange die Vermeidungskosten dieser Risikoauferlegung nicht zu schwer wiegen. Der hier normativ relevante Gedanke ist, dass schwerwiegende



28 Dies sind die Art von Risiken und Schäden, die Judith Lichtenberg 2010 „new harms“ nennt.

29 Das NIP ist ein äußerst schwerwiegendes Problem für jegliche Moraltheorie, die intergenerational aussagekräftige Beurteilungen anstellen will. Für meine Ausführungen hier folge ich einer durchaus umstrittenen Umgehungsmethode, nämlich, dass wir zukünftigen Menschen Interessen und Bedürfnisse unabhängig von ihrer spezifischen Identität zuschreiben können, welche bereits jetzt moralische Wirkung auf unser heutiges Handeln haben. Siehe Meyer und Roser 2009, sowie Wolf 2009.

Risiken, die vorhersehbar und vermeidbar sind, moralisch unzulässig sind. Damit greift dieser Grundsatz genau die drei vorhin besprochenen Kategorien unseres Alternativvorschlags auf.

Selbstverständlich bedeutet diese Herangehensweise, dass wir letzten Endes relativ großes Vertrauen in unsere Vorhersagen über zukünftige Auswirkungen des Klimawandels haben müssen. Da dies aber in vielen Fällen zutrifft, wie die mit Konfidenzindikatoren versehenen IPCC-Berichte beweisen, und da wir ja bereits heute viele negative Auswirkungen des Klimawandels beobachten können, erlaubt uns die vorgeschlagene Formel trotz vieler weiterhin bestehender Unsicherheiten, den Klimawandel als akutes Problem zu begreifen und viele der mit ihm verbundenen Risikoauferlegungen als moralisch unzulässig zu identifizieren.

Was die kumulative Natur der meisten Klimarisiken angeht, so ist dies in der Tat ein gewisses Problem, da sich zumindest manche Menschen, die beispielsweise in schlechten sozio-ökonomischen Bedingungen leben, in einer Art „lock-in“ befinden, da sie höhere Emissionen als andere nötig haben, weil sie sich energieärmere Technologien und Alternativen nicht leisten können. Wie aber Henry Shue bereits mehrfach argumentiert hat, ist dies in erster Linie ein Problem, wenn es um sogenannte Subsistenzemissionen geht.³⁰ Bei Luxus- und Wohlstandsemissionen sieht der Fall anders aus. Von vielen Handlungen wissen wir, dass sie vorhersehbar zum Klimawandel beitragen. Somit leisten diese Handlungen ihren, - wenn auch kleinen - Beitrag zum Klimaproblem, was bedeutet, dass zur Gefährdung zukünftiger fundamentaler Interessen beigetragen wird, obwohl die entsprechenden Handlungen oftmals nicht der Befriedigung eigener fundamentaler Interessen dienen. Ob dieser minimale Beitrag einer Einzelhandlung bereits als ein Fall von unzulässiger Risikoauferlegung gelten soll, ist durchaus umstritten. In gewisser Weise scheint hier das Problem der Überbewertung von Wahrscheinlichkeiten, die nur minimal größer als Null sind, durch. Deshalb scheint es nach der oben vorgelegten Theorie nicht so zu sein, dass wir individuelle Wohlstandshandlungen schlichtweg als moralisch unzulässig brandmarken sollten, bzw. dürfen. Stattdessen scheint es aussichtsreicher, sich mit kollektiven Handlungsmustern und Produktionsprozessen auseinanderzusetzen. Bei diesen erscheint es sehr viel eher möglich, Aussagen dahingehend zu treffen, dass diese vorhersehbar fundamentale Interessen gefährden. Außerdem führt eine solche Analyse auch nicht zur Mikroregulierung von Handlungen in der Privatsphäre von Individuen. Mit

□□

³⁰ Shue 1993.

anderen Worten, laut der hier vorgestellten Theorie sind makroökonomisches Umdenken und eine sofortige Abkehr von fossilen Brennstoffen risikoethisch auf jeden Fall dringend geboten, während das Verbot einer Flugreise im Einzelfall schwerer zu rechtfertigen ist. Wenn es also um komplexe Fälle von kumulativer Risikoauferlegung geht, sollten wir eher Gruppen von Risikoauferlegern und ihre Handlungen moralisch bewerten als die beitragenden Einzelhandlungen.³¹

Selbst wenn wir dieser Strategie jedoch folgen, ist es wichtig, uns gewisser Beschränkungen bewusst zu sein: Unsere Theorie wird uns im Falle von kumulativen Risikofällen weder erlauben, jede individuelle Handlung einer Einzelnen adäquat zu beurteilen, noch, genaue Aussagen darüber zu treffen, welche Arten von langfristiger Risikoinkaufnahme die moralisch bevorzugten sind, so denn alle zur Auswahl stehenden Alternativen ähnlich genug sind. Hier bedarf es auch eines politischen Prozesses, bzw. einer kritischen öffentlichen Auseinandersetzung mit den wissenschaftlichen Fakten und sozio-ökonomischen Prognosen.³² Diese Einschränkung sollte jedoch keineswegs als Abwertung unserer Theorie verstanden werden. Im Gegenteil, eine gute Theorie weiß nicht nur, wo ihre Stärken liegen, sondern kennt auch ihre Grenzen.

5 Konklusion

Die Frage, unter welchen Bedingungen (intergenerationale) Risikoauferlegung moralisch zulässig ist, wird in der philosophischen Literatur kontrovers diskutiert. In diesem Beitrag habe ich versucht, bestehende Theorien kritisch zu hinterfragen und mit einem verwandten Alternativvorschlag zu kontrastieren. Demnach sollten wir bei der Beurteilung von Risikoauferlegung stets drei Aspekte im Auge haben: das Schadenspotenzial des Risikos, die Wahrscheinlichkeit des Eintretens des Risikofalles und die Vermeidungskosten. Dabei ist es wichtig, bei der Beurteilung aller drei Aspekte mögliche Fallstricke im Hinterkopf zu behalten, um beispielsweise durch das Aufnehmen eines Minimalschwellenwerts für



³¹ Dies heißt allerdings nicht, dass Einzelhandlungen in diesen Fällen moralisch unbedenklich sind. Mir geht es hier lediglich darum anzumerken, dass kollektive Handlungsmuster leichter als moralisch unzulässige Risikoauferlegungen identifiziert werden können als die beitragenden Einzelhandlungen.

³² Ähnliche Mechanismen werden auch von Hansson (2013) beschrieben.

Wahrscheinlichkeiten absurde Extremszenarien auszuschließen. Des Weiteren sollte man bei Fällen von intergenerationeller und kumulativer Risikoauferlegung darauf bedacht sein, die Analyse auf dem richtigen Niveau zu verorten, um klare problem-lösende Handlungsanweisungen aussprechen zu können.

Literatur

- Arneson, R. (2010): *Disadvantage capability, commensurability and policy*, in: Philosophy, Politics and Economics 9, 339–357.
- Astrobio (2013): *The Drake equation revisited: an interview with Sara Seager*, in: Astrobiology Magazine, 3 September 2013. <http://www.astrobio.net/interview/the-drake-equation-revisited-an-interview-with-sara-seager/> (Zugriffsdatum: 16 April 2016)
- Ferretti, M. (2016): *Risk imposition and freedom*, in: Politics, Philosophy & Economics 15, 261–279.
- Finkelstein, C. (2003): *Is risk a harm?*, in: University of Pennsylvania Law Review 15, 963–994.
- Hansson, S. O. (2003): *Ethical Criteria of Risk Acceptance*, in: Erkenntnis 59, 291–309.
- Hansson, S. O. (2013): *The Ethics of Risk: Ethical Analysis in an Uncertain World*, London.
- Holm, S. (2016): *A right against risk-imposition and the problem of paralysis*, in: Ethical Theory & Moral Practice 19, 917–930.
- Hurd, H. (1996): *The deontology of negligence*, in: Boston University Law Review 76, 249–272.
- Lichtenberg, J. (2010): *Negative duties, positive duties, and the “new harms”*, in: Ethics 120, 557–578.
- Meyer, L., Roser, D. (2009): *Enough for the future*, in: Gosseries, A., Meyer, L. (Hg.): *Intergenerational Justice*. Oxford, 219–248.
- Nozick, R. (1974): *Anarchy, State, and Utopia*, New York.
- Oberdiek, J. (2009): *Towards a Right Against Risking*, in: Law and Philosophy 28, 367–392.
- Oberdiek, J. (2012): *The Moral Significance of Risking*, in: Legal Theory 18, 339–356.
- Perry, S. (2007): *Risk, harm, interests, and rights*, in: Lewens, T. (Hg.): *Risk – Philosophical Perspectives*, London, 190–209.
- Raz, J. (1986): *The Morality of Freedom*, Oxford.
- Schroeder, C. (1986): *Rights Against Risks*, in: Columbia Law Review 86, 495–562.
- Schuppert, F. (2013): *Distinguishing Basic Needs and Fundamental Interests*, in: Critical Review of International Social and Political Philosophy 16, 24–44.
- Shue, H. (1993): *Subsistence Emissions and Luxury Emissions*, Law & Policy 15, 39–59.
- Steigleder, K. (2016): *Climate Risks, Climate Economics, and the Foundations of a Rights-based Risk Ethics*, in: Journal of Human Rights 15, 251–271.
- (ohne Datum): *Risks and Rights: Towards a Rights-Based Risk Ethics*, Unveröffentlichtes Manuskript.
- Wolf, C. (2009): *Intergenerational justice, human needs, and climate policy*, in: Gosseries, A., Meyer, L. (Hg.): *Intergenerational Justice*. Oxford, 347–376.